

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
der Stadtverordnetenversammlung

Kassel

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, 34112 Kassel
Auskunft erteilt: Frau Koch
Tel. 05 61/7 87-12 26
Fax 05 61/7 87-21 82
E-Mail:
Anja.Koch@stadt-kassel.de oder
Andrea.Turski@stadt-kassel.de

Kassel, 05.01.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **26.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport lade ich ein für

**Dienstag, 13.01.2009, 17.00 Uhr,
Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

1. **Vorsorgeuntersuchungen**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Sandra Rudolph
- 101.16.1147 -
2. **Pauschalierung von Miete, Wasser- und Energiekosten unter bestimmten Voraussetzungen aufheben**
Antrag der Fraktion B90/Grüne
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Anja Lipschik
- 101.16.1155 -
3. **Teilhabe durch Mobilität sichern**
Antrag der Fraktion B90/Grüne
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Anja Lipschik
- 101.16.1156 -
4. **SV Hermannia 06**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Michael Bathon
- 101.16.1173 -

Mit freundlichen Grüßen

Hannelore Diederich
Vorsitzende

Niederschrift

über die 26. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am Dienstag, 13.01.2009, 17.00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

- | | | |
|----|---|-------------|
| 1. | Vorsorgeuntersuchungen | 101.16.1147 |
| 2. | Pauschalierung von Miete, Wasser- und Energiekosten unter bestimmten Voraussetzungen aufheben | 101.16.1155 |
| 3. | Teilhabe durch Mobilität sichern | 101.16.1156 |
| 4. | SV Hermannia 06 | 101.16.1173 |

Vorsitzende Diederich eröffnet die mit der Einladung vom 05.01.2009 ordnungsgemäß einberufene 26. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Strube, CDU-Fraktion, beantragt für seine Fraktion, den Tagesordnungspunkt 1

Vorsorgeuntersuchungen
Anfrage der CDU-Fraktion
101.16.1147

heute abzusetzen, da die Fragestellerin nicht anwesend ist. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Die schriftliche Antwort zur Anfrage wird mit der Einladung zur nächsten Sitzung versandt.

Stadtverordneter Dr. Schnell, SPD-Fraktion, beantragt Tagesordnungspunkt 4

SV Hermannia 06
Anfrage CDU-Fraktion
101.16.1173

wegen Beachtung des Datenschutzes in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.
Die Abstimmung hierüber erfolgt vor Aufruf des Tagesordnungspunktes 4.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzende Diederich die so geänderte Tagesordnung fest.

- 1. Vorsorgeuntersuchungen**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.16.1147 -

Abgesetzt

- 2. Pauschalierung von Miete, Wasser- und Energiekosten unter bestimmten Voraussetzungen aufheben**
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.1155 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, Familien, die Transferleistungen beziehen, verstärkt anzubieten, die derzeit pauschalierten Kosten für Unterkunft, Heizung, Strom und Wasser wieder direkt an die jeweiligen Anbieter zu zahlen.
Voraussetzung hierfür wäre Zahlungsverzug und dass minderjährige Kinder im Haushalt leben.

Stadtverordnete Lipschik, Fraktion B90/Grüne, begründet den Antrag. Stadträtin Janz und Frau Ros, Sozialamt, beantworten die zahlreichen Fragen der Ausschussmitglieder. Nach reger Diskussion zieht Stadtverordnete Lipschik den Antrag der Fraktion B90/Grüne zurück.

Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

- 3. Teilhabe durch Mobilität sichern**
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.1156 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der im SGB II und SGB XII für Mobilität enthaltene Anteil bei Transferleistungen ist für eine Stadt wie Kassel nicht ausreichend. Der Magistrat wird aufgefordert, sich beim Hessischen und Deutschen Städtetag dafür einzusetzen, dass diese gegenüber der Bundesregierung eine Erhöhung dieses Mobilitätsansatzes fordern.

Stadtverordnete Lipschik, Fraktion B90/Grüne, begründet den Antrag.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: ---
Enthaltung: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Teilhabe durch Mobilität sichern, 101.16.1156, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Schnell

Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes 4 bittet Vorsitzende Diederich die anwesenden Gäste den Raum zu verlassen, da bereits die Beratung des Antrages auf Behandlung des Punktes in nicht öffentlicher Sitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgen muss.

Nach Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung gibt Vorsitzende Diederich in öffentlicher Sitzung bekannt, dass der Tagsordnungspunkt

4. **SV Hermannia 06**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.16.1173 -

in nicht öffentlicher Sitzung behandelt wird. Siehe Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 17.28 Uhr

Hannelore Diederich
Vorsitzende

Anja Koch
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 26. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales,
Gesundheit und Sport am
Dienstag, 13.01.2009, 17.00 Uhr
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Hannelore Diederich, SPD
Vorsitzende

Hannelore

Michael Bathon, CDU
1. Stellvertretender Vorsitzender

entschuldigt

Anja Lipschik, B90/Grüne
2. Stellvertretende Vorsitzende

Anja Lipschik

Wolfgang Decker, SPD
Mitglied

entschuldigt

Petra Friedrich, SPD
Mitglied

Petra Friedrich

Heidi Reimann, SPD
Mitglied

Heidi Reimann

Dr. Günther Schnell, SPD
Mitglied

Günther Schnell

Sandra Rudolph, CDU
Mitglied

i.V. Sandra Rudolph

Lutz Schmidt, CDU
Mitglied

Lutz Schmidt

Donald Strube, CDU
Mitglied

Donald Strube

Karl Schöberl, B90/Grüne
Mitglied

Karl Schöberl

Renate Gaß, Kasseler Linke.ASG
Mitglied

i.V. N. Damer

André Lippert, FDP
Mitglied

André Lippert

Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, FWG
Stadtverordneter

Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

Kadri Eroglu,
Vertreter des Ausländerbeirates

 _____

Magistrat

Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister

entschuldigt _____

Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer

entschuldigt _____

Anne Janz, B90/Grüne
Stadträtin

Anne Janz _____

Schriftführung

Anja Koch,
Schriftführerin

d. Koch _____

Verwaltung/Gäste

Gerhard Grüning _____

Sportamt _____

Moni Luise Pas _____

Sozialamt _____

Petra Aulepp _____

Ines Hayes _____

Beate Edl _____

Vorlage Nr. 101.16.1147

Kassel, 24.11.2008

Vorsorgeuntersuchungen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

Der Gesetzgeber hat seit dem Jahr 2008 die Vorsorgeuntersuchungen (U1-U9) gesetzlich und verpflichtend vorgeschrieben (Hessisches Kinderschutzgesetz). Die Vorsorgeuntersuchungen dienen zur Früherkennung von Krankheiten und eventuellen Misshandlungen. Eltern müssen ihre Kinder in einer vorgegebenen Zeitspanne von den jeweils behandelnden Kinderärzten untersuchen lassen. Werden diese vorgegebenen Zeitspannen und Vorsorgeuntersuchungen missachtet, ist der behandelnde Arzt dazu verpflichtet, eine entsprechende Rückmeldung an den Gesetzgeber (Hessisches Kindervorsorgezentrum Frankfurt) zu tätigen. Dieses wiederum gibt nach einer zweimaligen schriftlichen Aufforderung die Rückmeldung an das jeweilige Jugendamt.

1. Wie oft wurde im Jahr 2008 das Jugendamt der Stadt Kassel aufgrund missachteter Untersuchungstermine gebeten tätig zu werden?
2. Um wie viele Kinder handelte es sich?
3. Was waren die Gründe der Eltern, die Untersuchungstermine nicht wahrzunehmen?
4. Sind dem Jugendamt aufgrund der ausgelassenen Untersuchungstermine Fälle von Misshandlungen oder Verwahrlosung bekannt geworden?
 - a) Wenn ja, wie viele?

4. b) Um welche Misshandlungen handelte es sich?
5. Kam es aufgrund eventuellen Eingreifens des Jugendamtes zu Herausnahmen des Kindes oder der Kinder aus der Familie?
 5. a) Wenn ja, wie viele?
 5. b) Wo wurden die Kinder untergebracht?
 5. c) Welche Maßnahmen wurden gegen die Eltern ergriffen?
 5. d) Welche begleitenden Maßnahmen wurden gemeinsam mit den Eltern erarbeitet, um die Kinder zurückzuführen bzw. in der Familie zu belassen?
6. Gibt es spezielle Stadtteile, in denen es häufiger vorkommt, dass Untersuchungstermine nicht wahrgenommen werden?
7. Gibt es hierzu eine Aufschlüsselung nach Nationalitäten?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Sandra Rudolph

gez. Eva Kühne-Hörmann, MdL
Fraktionsvorsitzende



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung



Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
E-Mail info@gruene-kassel.de

Vorlage Nr. 101.16.1155

Kassel, 26.11.2008

**Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion im
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport am
13. Januar 2009 zurückgezogen.**

**Pauschalierung von Miete, Wasser- und Energiekosten unter bestimmten
Voraussetzungen aufheben**

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, Familien, die Transferleistungen beziehen, verstärkt anzubieten, die derzeit pauschalierten Kosten für Unterkunft, Heizung, Strom und Wasser wieder direkt an die jeweiligen Anbieter zu zahlen. Voraussetzung hierfür wäre Zahlungsverzug und dass minderjährige Kinder im Haushalt leben.

Begründung:

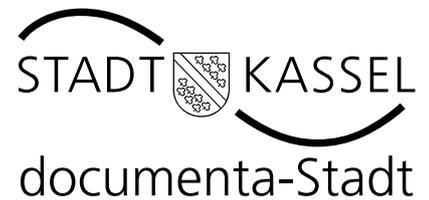
Eine Auswertung des Jugendamtes hat gezeigt, dass in den Wintermonaten immer wieder Kinder in Obhut genommen werden müssen, weil die Eltern den Zahlungen für Miete Strom, Gas und Wasser nicht nachkommen. Offensichtlich sind sie mit der pauschalierten Überweisung der Transferleistungen überfordert, die Folgen sind dann eine Unterversorgung – gerade von Kindern.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Anja Lipschik

gez. Karin Müller
Fraktionsvorsitzende



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung



Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
E-Mail info@gruene-kassel.de

Vorlage Nr. 101.16.1156

Kassel, 26.11.2008

Teilhabe durch Mobilität sichern

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der im SGB II und SGB XII für Mobilität enthaltene Anteil bei Transferleistungen ist für eine Stadt wie Kassel nicht ausreichend. Der Magistrat wird aufgefordert, sich beim Hessischen und Deutschen Städtetag dafür einzusetzen, dass diese gegenüber der Bundesregierung eine Erhöhung dieses Mobilitätsansatzes fordern.

Begründung:

Mobilität bedeutet gesellschaftliche Teilhabe und ist unabdingbar für Sportangebote, Arztbesuche, Behördengänge etc. Gerade Familien müssen für sich und ihre Kinder hohe monatliche Kosten in Kauf nehmen, die dazu führen, dass das Geld nicht mehr zum Notwendigsten reicht.

Sinkende Zuwendungen von Bundesseite und gestiegene Energiepreise haben in vielen Verkehrsverbänden zu erheblichen Preissteigerungen geführt, die von der oben genannten Zielgruppe nicht mehr getragen werden können.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Anja Lipschik

gez. Karin Müller
Fraktionsvorsitzende